

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien, Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 10. Dezember 1987

Blatt 2667

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Einbahnregelungen in der Brigittenau (2668)
- Wiener Gemeinderat (2671-2679)
- Bub ging auf erstem Eis spazieren (nur FS)

Kultur:

- Antrittsrede von Dr. Pasterk (2669/2670)

Sport:

- Weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadions (2668)

Neue Einbahnregelungen in der Brigittenau

Unterbindung von Schleichwegen

Wien, 10.12. (RK-LOKAL) In der Nacht von Freitag auf Samstag treten im Bereich des Augartens im 20. Bezirk neue Einbahnregelungen in Kraft. Zweck dieser Maßnahmen ist es, einige Schleichwege der Kraftfahrer zu unterbinden und so zur Verkehrsberuhigung beizutragen.

Und so sieht die neue Verkehrsorganisation aus:

- Die Streffleurgasse wird Einbahn von der Wasnergasse bis zur Wallensteinstraße,
- die Petraschgasse wird Einbahn von der Karl-Meißl-Gasse bis zur Staudingergasse,
- die Staudingergasse wird Einbahn von der Petraschgasse bis zur Jägerstraße und
- die Heinzelmangasse wird Einbahn von der Jägerstraße bis zur Petraschgasse.

Nach Einführung der neuen Einbahnregelungen wird überprüft, ob in diesen Straßen Schrägparkordnungen möglich sind, um zusätzliche Parkplätze zu schaffen. (Schluß) sc/rr

Weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadlons

Wien, 10.12. (RK-SPORT) Als weitere Ausbaustufe des Franz-Horr-Stadlons in Favoriten wird ein Sport- und Schulungszentrum errichtet. Den Spatenstich nimmt Sportstadtrat Helmut BRAUN morgen, Freitag, um 10.30 Uhr vor. (Schluß) hof/rr

Antrittsrede von Dr. Pasterk

Tradition, Basiskultur, Zeitgenössisches als „Säulen“ der Kulturpolitik

Wien, 10.12. (RK-KULTUR) Wiens neue Kulturstadträtin, Dr. Ursula PASTERK, skizzierte in ihrer ersten Rede vor dem Gemeinderat am Mittwoch abend die generelle Ausrichtung ihrer Kulturpolitik.

Pasterk betonte die Kontinuität ihres politischen Wirkens in Fortsetzung der Tätigkeit der Kulturstadträte Zilk und Mrkvicka und nannte drei „Säulen“ der Kulturarbeit in Wien: die Wahrung der großen Traditionen der Kulturstadt Wien, ein umfassendes Kulturverständnis, das die Kultur im Alltagsleben und die Teilnahmemöglichkeit aller Bürger am Kulturleben einschließt, sowie die besondere Förderung des Zeitgenössischen in der Kultur.

Zum Bereich der Tradition zählte Pasterk auch die Identitätsfindung der Stadt über die Selbstdarstellung in großen Ausstellungen wie der kommenden Biedermeier-Schau. In diesem Zusammenhang nannte sie auch kommende Ausstellungen über Sigmund Freud sowie eine Mozart-Ausstellung im Mozart-Jahr.

Die Basiskultur sei auch als Sinnggebung für den Menschen zu verstehen. Der arbeitende Mensch habe das Recht der Partizipation an der Kultur und damit der sinnvollen Freizeitgestaltung und Ausfüllung seines Lebens.

Die besondere Ausrichtung auf die Gegenwartskultur schließlich sei für eine Kulturstadt unverzichtbar. Die Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Künstlern sei auch und gerade dann notwendig, wenn diese unbequem seien. Kunst, die keine Mühe mache, bewirke nichts.

Als wesentliches Kriterium der Kulturpolitik nannte Pasterk die weitere Internationalisierung, wie sie etwa im Festival „Wien Modern“, in der Arbeit der Wiener Symphoniker als Orchester von Weltgeltung und bei den Wiener Festwochen als Treffpunkt der internationalen Kunst zu spüren sei. Wien müsse international und weltoffen, eine Begegnungsstätte zwischen Ost und West bleiben und in verstärktem Maß werden. Daß das — etwa bei den Festwochen — auch Geld koste, müsse man akzeptieren. Im Vergleich zu verschiedenen ausländischen Festivals seien die Wiener Festwochen jedoch nicht gerade hoch dotiert. Eine breite Palette wie das Tanzfest, das Freie-Gruppe-Fest oder das Avantgarde-Musik-Fest „Töne und Gegentöne“ unterstreichen darüber hinaus die vielfältige, auch junge Kunst einbeziehende Tätigkeit der Festwochen.

Der Sorge um das Gesicht der Stadt, das sich in den Altstadtbereichen zeige und das durch die Förderung der Stadt immer schöner werde, schloß Pasterk die Sorge um das geistige Antlitz der Stadt an. Es gelte, weiterhin um ein liberales Klima zu kämpfen, Kunst und Künstler als gesellschaftliche Seismographen ernst zu nehmen.

Als Defizit, das Wien gegenüber anderen Städten abzubauen habe, nannte Pasterk das Fehlen einer Kunsthalle. Mit der städtischen Ausstellungshalle im Messepalast sei hier ein erster Schritt getan, man dürfe jedoch das Ziel einer Halle für internationale Großausstellungen nicht aus dem Auge verlieren.

Im Bereich der Literatur nannte die Kulturstadträtin die Überprüfung des Stipendiums- und Preissystems als Ziel, wobei sie ein zweites großes Stipendium neben dem Canetti-Stipendium anstrebe. Weiters solle ein jährliches großes Symposium zu zeitgenössischen Themen auch hier Wiens internationalen Rang unterstreichen.

Zur Theatersituation bemerkte sie, daß diese generell durch ein Ansteigen der Fixkosten gekennzeichnet sei. Dies sei ein internationales Problem. Immerhin seien in Wien mit den Direktionen Schenk-Jungbluth in der

Josefstadt, Weck bei den Vereinigten Bühnen, Emmy Werner als Hoffnungsträger des Volkstheaters und George Tabori, einem Glücksfall für den Kreis und darüber hinaus für die Stadt Wien, die Weichen in eine günstige Richtung gestellt.

Als Investitionen in die Zukunft der Stadt seien auch die Subventionen für die Freien Gruppen zu sehen. Hier gelte es die Subventionsmechanismen weiter zu verbessern und Vielfalt — was nicht immer Vielzahl bedeuten müsse — zu fördern.

Generell bemerkte Pasterk, daß ihre Aufgabe eine schwierige sei, daß sie damit eine große, aber schöne Verpflichtung übernommen habe. Sie werde sich bemühen, diese zum besten für das Kulturleben der Stadt Wien und für die Bürger Wiens zu erfüllen. (Schluß) gab/rr

Forts. von Blatt 2669

Wiener Gemeinderat

Budgetdebatte – Stadtentwicklung, Stadtplanung

Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte am Donnerstag seine am Vorabend unterbrochenen Beratungen über den Voranschlag 1988 fort.

Der Stadtentwicklungsplan sollte, leitete StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) die Debatte ein, bindenden Charakter auch für etwaige Planungsüberlegungen des Bundes in Wien haben. Zahlreiche Beispiele, wie der Bau der U 3, der sich nun dem Westbahnhof nähere, aber mit Überlegungen über einen Zentralbahnhof konfrontiert sei, die Errichtung des viel zu teuren Rechnungshofszubaus oder der Umbau der Roßauer Kaserne, demonstrieren den offensichtlich unverbindlichen Charakter des Wiener Stadtentwicklungsplans. Wien müsse ein „rücksichtsloses Herumfuhrwerken“ an Wiener Interessen vorbei verhindern. Darüber hinaus, sagte Pawkowicz, seien große militärische Anlagen im Stadtkern überholt. Es gelte, neue Ideen z. B. für das Areal der Stiftskaserne zu suchen, das im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Messepalastes durchaus ein Naherholungs- und Freizeitgebiet für die grünärmsten Wiener Bezirke werden könnte.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) meinte zu Beginn seines Debattenbeitrages, er erwarte, daß sämtliche Probleme einer Donau-Staustufe unter allen denkbaren Gesichtspunkten eingehend geprüft werden. Anschließend sollte die Entscheidung in Form einer Volksbefragung fallen. Der Gürtelkommission warf Mayr unrealistische Vorstellungen vor. Auch habe er das Gefühl, im Bereich Felberstraße/Europaplatz werde schon munter gebaut, doch was man bauen wolle, wisse man nicht. Dr. Mayr forderte mehr Energie für ein neues Garagenkonzept und sprach sich für Garagenbauplätze im dichtverbauten Gebiet aus. Bei Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen habe sich in den vergangenen Jahren häufig herausgestellt, daß der Inhalt nicht komplett nachvollziehbar gewesen sei.

GR. SEVCIK (SPÖ) wies auf die großen Planungsaufgaben hin, die sich der Stadt Wien stellen. Eine der größten Aufgaben sei die Gürtelplanung. Über 90.000 Fahrzeuge befahren diesen Verkehrsweg und erzeugen ein hohes Maß an Lärm und Abgasen. Dazu kommt die Abwanderung zahlreicher Geschäfte und der Bevölkerung. Die bisherige Planungsarbeit hat ergeben, daß keine generelle Lösung, aber eine Vielzahl kleinräumiger und spezifischer Lösungen möglich ist.

Ein weiterer Schwerpunkt sei, so Sevcik, die Donauraumplanung. Jahrhunderte hindurch sei die Donau eine Bedrohung für Wien gewesen. Erst mit der Regulierung und mit entsprechenden Baumaßnahmen in unseren Tagen konnte die Hochwassergefahr eingedämmt werden. Zusätzlich hat der Donauraum in den vergangenen Jahren bedeutende Impulse durch die Donauinsel und die UNO-City erfahren. Nun gelte es, diese Entwicklung fortzusetzen. Ein zweistufiger Wettbewerb wurde ausgeschrieben, eine Projektorganisation eingesetzt und vor allem eine Bürgerbeteiligung an diesem Planungsprozeß ermöglicht. Am ersten Bürgervotum beteiligten sich 4.000 Menschen, am zweiten sogar 6.000. Eine Vielzahl von realistischen Vorschlägen ist dabei eingegangen.

GR. PRINZ (FPÖ) nahm zu Fragen der Stadtbildpflege Stellung. Prinz sagte, er erhoffe sich von der neuen Konstellation in der MA 19 mehr Durchschlagskraft, ordnend in diese Belange einzugreifen. Wien brauche eine neue Baugesinnung, müsse einen stadtbildpflegerischen Grundkonsens finden. Es gelte besonders alte Ortskerne zu reaktivieren, die Lärmplage einzudämmen und Grünräume zu schützen: Fragen, die in ihrer Priorität erkannt wurden, wo es aber an praktischer Umsetzung mangle. Weiters sei es notwendig, durch eine vorausblickende Planung irreversible Planungs-

fehler zu vermeiden und auch die Behördenwege im Baubereich abzukürzen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) reklamierte die Vaterschaft für die Gestaltung der Donauinsel in ihrer jetzigen Form für seine Fraktion. Die Koalition sei im Jahre 1973 auch nicht an dieser Frage gescheitert, sondern deshalb, weil sich die SPÖ einen Blankoscheck für Steuererhöhungen geben lassen wollte.

Kritisch beleuchtete Kauer die Radwegeplanung, die teilweise eine Konfrontation zwischen Radfahrern und Fußgängern heraufbeschwöre. Der Ring-Rund-Radweg weise verschiedene Unsinnigkeiten und Gefahren auf, wie zum Beispiel auf dem Schwarzenbergplatz. Es sollten verstärkt qualifizierte Experten beigezogen werden. Die Ansätze für Radwege im Budget 1988 seien im übrigen gegenüber dem heurigen Jahr gesunken.

Unerträglich sei, sagte Kauer, die Tatsache, daß Wien und die Wiener Bevölkerung keine Mitsprachemöglichkeit bei Bundesbauten haben. Es sei anzustreben, daß hier rasch eine Änderung herbeigeführt werde.

Man müsse bei Planungen für Verkehrswege, meinte GR. HAAS (SPÖ), die Planungszeiträume und die sich daraus ergebenden Veränderungen wie steigendes Verkehrsaufkommen und alternative Möglichkeiten berücksichtigen. So biete sich Wien mit der Neuordnung der Bahn die Möglichkeit, den Verkehrsweg Schiene attraktiver zu gestalten und neue Verknüpfungspunkte wie den Zentralbahnhof zu erhalten. Planungen des Bundes müßten aber unter Beachtung kommunaler Belange diskutiert werden. Die Chance auf eine Weltausstellung, sagte GR. Haas, dürfe an Wien nicht vorbeigehen, zumal sich damit die Möglichkeit verbinde, Wiens historisches Bild mit zukunftsorientierten Aspekten zu verbinden und die Stadt weiter zu öffnen. Man müsse bei einer Weltausstellung Wien-Budapest die Eigenständigkeit der beiden Donaumetropolen bewahren, aber die Chance auf eine Kooperation zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsformen nützen.

StR. SALLABERGER (SPÖ) sagte einleitend, daß die Planung und Gestaltung dieser Stadt in den nächsten Jahren für alle eine unglaubliche Herausforderung sei. Man stehe vor wichtigen Veränderungen — ob man es wolle oder nicht. Man sei in allen Staaten zur Erkenntnis gelangt, daß dem Boom zum Individualverkehr nicht mehr weiter Rechnung getragen werden kann. Manche Autobahnen und Hochstraßen — etwa in den USA — hätten sich als Verbrechen an städtischer Struktur und urbanem Leben erwiesen. Wenn die Entwicklung in Wien anhält und jährlich 50.000 neue Fahrzeuge in den Verkehr eingegliedert werden, dann stünden auch wir in absehbarer Zeit vor einem Kollaps. Man müsse sich mit aller Macht dafür einsetzen, Pläne zu entwickeln, Varianten vorzulegen und nicht zuletzt deren Ergebnisse auch in die Tat umzusetzen. Sallaberger lud die Gemeinderäte aller Fraktionen zur aktiven Mitarbeit ein, sie sollen auch Zugang zu sämtlichen verfügbaren Entscheidungsgrundlagen haben.

Die rasche Entwicklung im Bereich der Planung zeige sich an der Frage der Süd- und Westeinfahrt und des Gürtels, der vor einigen Jahren noch niemand eine so bedeutende Frage beigezogen habe. Als eine der Möglichkeiten, um die Verkehrsprobleme zu lösen, nannte Sallaberger die „Neue Bahn“. Zur Diskussion über die künftige Nutzung von Bundesgebäuden erinnerte er an ein Übereinkommen mit dem Bund, das ein permanentes Koordinierungsgremium in Fragen der Stadtplanung vorsieht.

Als typisches Beispiel, wie durch Kreativität Erstaunliches geleistet werden kann, nannte Sallaberger die bisherige Gestaltung des Donauraumes. Aus der ursprünglichen Überlegung eines Hochwasserschutzes sei eine Lösung entwickelt worden, die ein Zusammenrücken der Bezirksteile ermöglicht, und ein Erholungsgebiet geschaffen habe, um das uns viele Länder beneiden. Die ÖVP habe dieses Projekt seinerzeit vehement abgelehnt.

Forts. von Blatt 2671

Forts. auf Blatt 2673

StR. NEUSSER (ÖVP) meinte, daß Fehler in der Stadtplanung von beiden Parteien gemacht wurden. So wollte die SPÖ lange Zeit die U-Bahn nicht haben. Die ÖVP sei ursprünglich gegen die Donauinsel gewesen, weil sie der Ansicht war, daß zwei Großprojekte — die Donauinsel und die U-Bahn — gleichzeitig nicht finanzierbar wären. Aber erst durch diese Diskussion sei das Donauinsel-Projekt in seiner heutigen Form überhaupt möglich geworden.

Klubobmann Dr. SWOBODA (SPÖ) stellte fest, daß die Donauinsel in erster Linie durch die Einbindung der Bevölkerung sowie der Interessensgruppen zu einem guten Projekt wurde. Swoboda erklärte außerdem, daß es keine Planungshoheit des Bundes in Wien gebe und deshalb ein gemeinsames Auftreten der Parteien in Fragen der Stadtgestaltung erfolgversprechend wäre.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) würdigte die gute Zusammenarbeit im Bereich der Donaunraumplanung, kritisierte aber, daß der geplante Fertigstellungstermin für den verbesserten Hochwasserschutz nicht eingehalten wurde. Der Budgetansatz dafür sei viel zu gering. Mayr meinte, daß es ein riskantes Spiel sei, mit einer möglichen Finanzierung des Hochwasserschutzes durch die DoKW zu spekulieren.

Budgetdebatte – Wohnbau und Stadterneuerung

GR. KIRCHNER (FPÖ) wandte sich gegen die Verpolitisierung im Wohnbereich und plädierte dafür, Privatinitiative und Eigenvorsorge verstärkt zu begünstigen. Kirchner deponierte ein JA der FPÖ zum sozialen Wohnbau und zur Stadterneuerung, jedoch unter veränderten Bedingungen. Er forderte ein objektives Punktesystem für die Vergabe von Gemeindewohnungen, eine verstärkte Mietermitbestimmung und die Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung unter Einbindung privater Hausverwaltungen. Im Bereich der Stadterneuerung habe bisher der politische Sand im Getriebe viele Hemmnisse verursacht. Für die Zukunft sei ein, alle betroffenen Objekte umfassender, Zielplan sowie ein längerfristiger Zeit- und Finanzierungsplan notwendig. Eine allgemeine Wohnbeihilfe sollte den Verbleib der Mieter in ihren Wohnungen ermöglichen, Ziviltechniker sollten die Sanierungsmaßnahmen überwachen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) bezeichnete die Verlängerung der Wohnbauförderung als große Chance, die gemeinsam genutzt werden sollte. Die ÖVP biete dafür ihre Mitarbeit an. Die Verlängerung biete z.B. die Möglichkeit, bei den Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen die Obergrenzen für die Einkommen zu überdenken, und auch billiger zu bauen. Es gebe zu wenig Wohnungen im Verhältnis zur Zahl der Vormerkungen. Die Vormerkbedingungen sollten daher neu geregelt werden. Überdacht werden sollte auch der ÖVP-Vorschlag für eine Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum. Man sollte prüfen, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Preisen dies in Frage käme, aber auch, wie Gemeindewohnungen mit unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen am sinnvollsten zu verwalten wären. Es sei notwendig, eine klare Differenzierung zwischen Miet- und Sozialwohnungen zu finden, die sich in unterschiedlichen Förderungszeitrahmen und -quoten niederschlagen müßten. Über den Vorschlag des Wohnbaustadtrates, Gemeindewohnungen auch Gastarbeitern zugänglich zu machen, könne man sprechen, sagte Petrik, aber man dürfe dies nicht von der bestehenden Vormerkliste und von den Vergaberichtlinien abkoppeln. Zu überlegen wäre auch, wie in alten Gemeindewohnhausanlagen die Infrastruktur und die Fassadengestaltung verbessert werden könnten. Petrik erinnerte an die Initiative zur Einführung eines Wohnbauschicks, mit dem der Wettbewerb angekurbelt werden könnte.

Soziales Wohnen, erklärte GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ), müsse in der derzeitigen Dimension erhalten und den zeitgemäßen Bedingungen adäquat

Forts. von Blatt 2672

Forts. auf Blatt 2674

gestaltet werden. Man sei nach der großflächigen Stadterweiterung, die nun nicht mehr nötig sei, den Weg der sanften Stadterneuerung gegangen, der auch international große Anerkennung finde. Zahlreiche andere Maßnahmen, wie die gezielte Zusammenarbeit mit und die Information von Mietern, Möglichkeiten zum Wohnungstausch und die Hintanhaltung unsozialer finanzieller Belastungen der Mieter seien Erfolge des kommunalen Wohnbaus. Auch stadtstrukturelle Verbesserungen seien zur Hebung der Lebensqualität wichtig, die nicht nur aus dem Wohnraum, sondern auch aus der Wohnumgebung resultiere. Die Mietermitbestimmung müsse auch bundesweit gesetzlich festgelegt werden. Die Privatisierung von Gemeindewohnungen, werde von ihrer Fraktion abgelehnt, sagte Fuchs.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) distanzierte sich nachdrücklich von einer Aussage von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), in der dieser die Vermutung geäußert hatte, der FPÖ wären in Simmering 15 Gemeindewohnungen zur Vergabe zur Verfügung gestanden. Der FPÖ sei nie ein solches Angebot gemacht worden, und sie hätte ein solches Angebot auch niemals angenommen. Er wünsche sich, daß es nicht der neue Stil in diesem Hause werden möge, mit Verdächtigungen falsche Gerüchte in die Welt zu setzen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) antwortete, daß unbewiesene Behauptungen eher auf Seiten der FPÖ zu finden seien, wie dies bei den Angriffen auf den Stadterneuerungsfonds der Fall gewesen sei. Der Verdacht aber, der FPÖ seien Wohnungen zur Vergabe angeboten worden, habe durch die Freiheitlichen nicht entkräftet werden können.

StR. EDLINGER (SPÖ) bezeichnete es als Gerücht, daß der FPÖ Wohnungen zur Vergabe angeboten wurden, weil KEINE Partei Wohnungen zur Verteilung hätte. Die Vergabepolitik sei klar geregelt, und niemand könne sich über die Bestimmungen hinwegsetzen.

Wohnungspolitik ist eine eminent gesellschaftspolitische Aufgabe, sagte Edlinger, weil sie sehr unterschiedliche Standpunkte zu Tage bringen kann. Dennoch ergehe an alle die Einladung, sinnvolle Vorschläge in die Diskussion einzubringen. So gehe es bei der Verlängerung der Wohnbauförderung darum, einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Der Gestaltungsfreiraum sei groß genug, und selbst Marktmechanismen seien vorstellbar, wenn die sozialen Ziele im Auge behalten werden. Das heißt, daß dadurch die Baukosten und die Mieten gesenkt werden sollen. Was ein unkontrolliertes Spiel der Marktkräfte bewirkt, das zeigen die Erfahrungen ausländischer Städte. In London sei es aufgrund der Privatisierung von Gemeindewohnungen zu einem enormen Druck auf die unteren Einkommensgruppen gekommen. Ähnliches sei in Holland im Bereich der Stadterneuerung zu befürchten gewesen.

Edlinger verwies darauf, daß in dem Regierungsübereinkommen auch die Verlängerung der Mietzinsbindung vereinbart wurde. Gerade weil in Wien der Mietwohnungsanteil sehr hoch ist, muß ein Preisauftrieb unbedingt verhindert werden. Darüber hinaus wird in Wien das Mietermitbestimmungsstatut für Gemeindewohnungen ein erster Großversuch der Demokratisierung des Wohnbereichs sein. Die Verankerung der Mitbestimmung im Mietrechtsgesetz sei ein erklärtes Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Gerade in der Stadterneuerung bewiese sich Erfolg und Sinn einer guten Zusammenarbeit von Hauseigentümern und Mietern. In der Stadterneuerung wünsch sich Edlinger mehr Gemeinsamkeit, um ein höheres Tempo zu erreichen. Alle an der Stadterneuerung Interessierten sind zur Mitarbeit eingeladen, sodaß jenes gute Klima bewahrt werden kann, um das uns das Ausland beneidet, schloß Edlinger.

Forts. von Blatt 2673

Forts. auf Blatt 2675

Budgetdebatte - Umwelt, Freizeit und Sport

Forts. von Blatt 2674

GR. Mag. KABAS (FPÖ) setzte sich mit Problemen des Umweltschutzes auseinander. Kabas bezeichnete die Erhaltung einer gesunden Umwelt als übergeordneten Maßstab in Wirtschaft und Gesellschaft und forderte ein Gesamtkonzept für die Wiener Umwelt. Dadurch solle eine Abstimmung aller Bereiche von den Grünräumen über die Luftreinhaltung bis zur Entsorgung ermöglicht werden. Speziell bei der Entsorgung ortete Kabas Mängel. Die Müllentsorgung in Wien sei in der derzeitigen Form nicht umweltgerecht, und das, obwohl sie durch dauernde Gebührenerhöhungen bereits sehr teuer geworden sei. Kabas forderte in zwei ANTRÄGEN die Offenlegung des Schriftverkehrs zwischen Rechnungshof und Stadt Wien bezüglich der Grundlagen für die Gebührengestaltung und die Offenlegung des Müllvertrages zwischen Wien und Niederösterreich. Kabas bemängelte, daß die verschiedenen Probleme in den EBS und der Hauptkläranlage noch immer nicht in den Griff bekommen worden seien. Abschließend konzidierte der Redner, daß auf dem Umweltsektor in den letzten Jahren zwar einiges geschehen sei, es gebe jedoch noch sehr viel zu tun.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) stellte fest, daß das Budget der Umweltschutzabteilung um ein Fünftel reduziert worden sei. Einschränkungen gab es auch bei Naturschutzuntersuchungen oder für das Institut für Umweltmedizin, sagte Hawlik, doch dies sei noch kein Maßstab für die tatsächlichen Umweltschutzausgaben. Diese sollten übersichtlich dargestellt werden.

Hawlik befaßte sich dann mit der flächendeckenden getrennten Müllsammlung. Es sei nicht bekannt, wie sie funktionieren werde, was mit dem getrennten Müll geschehen soll und wer die Altstoffe verwenden will. Auch der künftige Rechtsträger für die Müll-Wiederverwertung sei noch unklar. Diese Vorfragen hätten jedoch geklärt werden müssen, bevor eine 150-Millionen-Investition in Angriff genommen wird, sagte Hawlik. Überhaupt sei ein gemeinsames Müll-Management mit ressortübergreifenden Kompetenzen erforderlich. Die Bereitschaft zur Kooperation im Umweltbereich bedeute für die ÖVP die Zusammenarbeit zur Erhaltung der Lebensgrundlagen. Sie behalte sich aber vor, als „Grünes Gewissen“ zu fungieren und auf Mängel aufmerksam zu machen. Auf dem Weg zu der von Bürgermeister Zilk propagierten „Umweltmusterstadt“ müsse der Bürger einbezogen werden, und die öffentliche Hand habe eine Vorreiterfunktion bei der Verwendung umweltfreundlicher Produkte.

Die Umweltpolitik der Stadt Wien könne weder mit apokalyptischen Worten, noch mit Verniedlichung effizient gestaltet werden, sagte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ). In der Abfallbewirtschaftung sowie der Luft- und Grünpolitik habe Wien Trends gesetzt, die österreichweit beispielgebend seien. Es gelte aber, weitere Etappen und Schritte in Angriff zu nehmen, um anstehende Probleme konstruktiv lösen zu können. Es hieße, sagte Häupl, sich großer Versäumnisse schuldig zu machen und die Verantwortungsethik in der Politik zu verletzen, wenn man Detailfragen vor gesamtökologischen Problemen vernachlässige. So sei die Notwendigkeit von Versuchen und Pilotprojekten unumstritten, wenngleich parallel dazu der Boden für ökologisch orientierte Verhaltensweisen im Gesamten bereitet werden müsse. Nur eine umweltbewußte Grundeinstellung in der Bevölkerung könne ein ökonomisches System auch ökologisch neu determinieren. Wien probe seit Jahren „kommunalen Ungehorsam“ im Umweltbereich, stoße aber aufgrund fehlender oder nachhinkender Bundesregelungen auf wenig dynamische Mitstreiter. Dr. Häupl brachte sechs ANTRÄGE ein, nach denen der Stadtsenat beauftragt werden soll, sich bei der Bundesregierung für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- bundeseinheitliche Lösung der Abfallvermeidung und Abfallverwertung sowie Schadstoffverringerung durch ein Abfallwirtschaftsgesetz;

Forts. auf Blatt 2676

- ordnungsgemäße Ausstattung des Umweltbundesamtes;
- bundeseinheitliche Maßnahmen zur wirksamen Kontrolle der Altölentsorgung;
- rasche bundeseinheitliche Lösung der durch Sonderabfälle verursachten Probleme;
- weitere Verringerung der Schadstoffemissionen aus dem Kfz-Verkehr
- und finanzielle Abgeltung jener Vorleistungen, die die Stadt Wien auf dem Gebiet der Luftschadstoffmessung bereits erbracht hat.

Es wäre falsch, einander Ping-Pong-Bälle zuzuspielen, ob die Stadt Wien oder der Bund für Umweltmaßnahmen zuständig sei, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Es sei keine Frage, daß, bei allen Kompetenzstreitigkeiten, von der Stadt Wien bestehende Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden. Zum Luftbericht stellte Welan fest, daß die Wiener Luft etwas besser geworden sei. Sie — die Wiener Luft — habe aber ein schlechtes Image, und dieses würde nur besser werden, wenn alle Möglichkeiten ausgenutzt werden. So wäre es sinnvoll, öfter als nur einmal pro Jahr den Gemeinderat über Ergebnisse zu informieren. „Luft“-Messen sei zwar gut, man solle aber auch die Auswirkungen untersuchen und analysieren. Er reklamierte einen umfassenden Umweltbericht, denn auch die Werte von Boden, Wasser, Flora und Fauna wären interessant. Den Ausbau des Luftmeßnetzes bezeichnete er als kleinen Fortschritt. Er stelle sich allerdings die Frage, ob die jeweiligen Stadtorte die richtigen seien.

Welan sagte, es gebe ein Bündel von möglichen Maßnahmen, um die Luft weiter zu verbessern. Als Beispiele nannte er die Bauordnung, die viele Möglichkeiten biete. Der Aspekt der Umweltverträglichkeit soll bei großen Projekten schon in die Planung einbezogen werden. Welan sprach sich für eine detaillierte Wienerwald-Bestandsaufnahme gemeinsam mit Niederösterreich aus. Für die Zukunft regte er an, daß, wenn die Lobau zum Nationalpark erhoben werden sollte, der ganze Wienerwald in Zusammenarbeit mit Niederösterreich dazugenommen werden sollte.

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte fest, daß die Wiener Luft im internationalen Vergleich sehr gut sei. Zugleich sei Wien eine der grünsten Städte Europas. Zu den großen Vorhaben im Bereich der Grün- und Umweltpolitik gehören die Schließung des Wald- und Wiesengürtels und die Errichtung eines Nationalparks Ost. Schon jetzt ist die Hälfte des Stadtgebietes Grün- und Erholungsfläche. Im Zuge der Innenhofbegrünung wurde bis jetzt die Begrünung von 800 Innenhöfen gefördert. Am Programm stehen außerdem die Erweiterung des Angebots an Kinderspielplätzen, die Errichtung von Parks sowie die Begrünung von Straßen- und Verkehrsflächen. Ein Aufgabenschwerpunkt im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Wien sei die Erhaltung und Pflege des Baumbestandes, da auch in Wien Waldschäden festgestellt werden mußten. Die Bedeutung Wiens im Bereich des Erholungs- und Freizeitangebotes läßt sich an der großen Zahl der Besucher der Donauinsel oder der städtischen Bäder messen. Mit der Renovierung und Errichtung von Sommerbädern wird dieses Angebot weiter verbessert. Tomsik wies schließlich noch darauf hin, daß die Arbeit der Wiener Feuerwehr auch durch die Sanierung der Feuerwachen unterstützt werde.

StR. BRAUN (SPÖ) nahm zu verschiedenen von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen Stellung, wobei er sich generell dazu bekannte, im Umweltbereich die Zusammenarbeit zu suchen. Zur Frage eines Gesamtkonzeptes für die Umwelt sagte Braun, daß dieses in Arbeit sei, aber, auch aufgrund immer wieder aufbrechender Probleme, zunächst nur als Ziel gesehen werden könne. In der Frage der Müllverbrennung wies Braun darauf hin, daß Österreich prozentuell weniger Müll verbrenne als andere Länder, daß aber Wien speziell in der technologischen Entwicklung der Rauchgaswäsche zu einem internationalen Vorbild geworden sei. In-

Forts. von Blatt 2675

Forts. auf Blatt 2677

Forts. von Blatt 2676

zwischen seien neue, noch bessere Entwicklungen auf diesem Gebiet abzusehen. Bezüglich der Müllsammlung sagte Braun, daß Wien bereits jetzt die getrennte Müllsammlung für 600.000 Einwohner erreicht habe und Ende 1988 für die gesamte Bevölkerung ein flächendeckendes Angebot haben werde. Natürlich müsse hier versucht werden, die hohen Kosten zumindest teilweise durch die Gebühren zu decken. Braun wies darauf hin, daß bei den EBS die ökologischen Notwendigkeiten und die finanzielle Machbarkeit den Rahmen für die zu treffenden Maßnahmen abstecken werden. Hier wie überall gelte es, der sachlichen Diskussion Vorrang einzuräumen — so auch bei den Wiener Luftmessungen, die durchaus auch an sehr belastenden Stellen der Stadt durchgeführt werden und trotzdem eine ständige Verbesserung der Wiener Luft in den letzten Jahren anzeigten. Zur Situation des Waldes sagte Braun, daß hier sicher Sorge am Platz sei, daß jedoch — wie in allen anderen Umweltfragen — die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft entscheidende Bemühungen zur Verbesserung setze. Braun wies schließlich auf die bundesweite Fragestellung bei allen Umweltproblemen hin und bemerkte abschließend, daß es gerade in diesem Bereich in Wien bereits große Erfolge gebe, aber natürlich auch noch manches zu lösen sei.

Budgetdebatte - Verkehr und Energie

GR. ZEIHSEL (FPÖ) meinte, eine bessere Erschließung der Stadt durch öffentliche Verkehrsmittel würde auch dazu beitragen, die Umweltbelastungen zu verringern. Wünschenswert wäre eine Verkürzung der Fahrzeiten und ein Ausbau der überregionalen Verkehrsmittel sowie der U- und der S-Bahn in Wien. Die U 1 sollte nach Norden und Süden verlängert werden, es sollte eine Linie U 1 A vom Reumannplatz nach Inzersdorf geben, eine Verlängerung der U 4 nach Mariabrunn und eine der U 3 nach Kaiserebersdorf. Geklärt müsse werden, ob der Zentralbahnhof wirklich benötigt werde. Für die Tagesrandzeiten sollten Linientaxis im öffentlichen Verkehr eingesetzt werden, sagte Zeihsel. Er verlangte die ersatzlose Streichung der Vorortelinie-Begleitstraße und setzte sich dafür ein, das Radweg-Budget auf 40 Millionen zu erhöhen. Die Mittel sollen aus der Parkometerabgabe genommen werden.

Zeihsel verlangte von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), dieser solle sich von dem Gerücht über die Vergabe von Gemeindewohnungen durch FPÖ-Funktionäre distanzieren und seine Erklärung richtigstellen.

Es sei erfreulich, sagte GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP), daß nun alle Verkehrsbelange in einer Geschäftsgruppe vereinigt sind. Dadurch bestehe die Chance, den öffentlichen Verkehr durch gleichzeitige Maßnahmen im Bereich des Individualverkehrs effizienter zu beschleunigen und Bauarbeiten zu koordinieren.

Regler übte Kritik an Investitionskürzungen und brachte einen ANTRAG ein, wonach die Gürtelstraße im Bereich des Europaplatzes tiefgelegt und die Arbeiten in einem Zug mit der Errichtung des Kreuzungsbauwerkes der U 3 mit der U 6 durchgeführt werden sollen.

Ansätze für Aufzugseinbauten bei der U 4, U-Bahn-Stationen bei der Reinprechtsdorfer Straße und bei der Wirtschaftsuniversität sowie für den Bau von Park-and-Ride-Anlagen seien nur minimal vorhanden, kritisierte Regler. Regler brachte einen ANTRAG auf Aufnahme des Schnellbahnverkehrs auf der Strecke „Meidling — Speising“ und auf Errichtung von Stationen „Unterdöbling/Hohe Warte“ und „Baumgarten“ im Verlauf der Vorortelinie ein. ZWEI weitere ANTRÄGE beschäftigten sich mit der Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Maßnahmen wie — unter anderem — Halbierung der Intervalle bei Straßenbahn- und Buslinien in den Abendstunden, die Ausmusterung von zweiachsigen Triebwagen und die Ausrichtung von Verkehrslichtsignalanlagen auf den öffentlichen Verkehr, weiters die Einführung von Zeitkarten ohne Lichtbild

Forts. auf Blatt 2678

und Namen sowie Reduzierung beziehungsweise Abschaffung der Einzelausgabebeschläge bei Fahrscheinen.

Kann es angesichts eines ständig wachsenden Verkehrsaufkommens eine absolut perfekte Verkehrsorganisation geben?, fragte GR. OBLASSER (SPÖ) zu Beginn seiner Ausführungen. Er kam zu dem Schluß, dies sei nicht möglich, und man müsse daher Schritt für Schritt versuchen, die Situation zu verbessern. So wurde im Rahmen der 1980 beschlossenen Verkehrskonzeption eine Vielzahl von Maßnahmen zur weiteren Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel gesetzt. Neue Buslinien wurden eingeführt, im Zuge des Beschleunigungsprogramms Linien beschleunigt, die Vorortelinie wurde eröffnet, und die Bauarbeiten der U 3 und der U 6 schreiten zügig voran.

Wie Oblasser sagte, sei es bei der Einstellung der Bevölkerung zu Kurzparkzonen zu einem Gesinnungswandel gekommen: Immer mehr Menschen, auch Geschäftsleute in Einkaufsstraßen, stehen Kurzparkzonen positiv gegenüber. Dies müsse man bei künftigen Planungen berücksichtigen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erklärte in einer kurzen Wortmeldung, daß erst ein entsprechender Druck sowie die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zur Verwirklichung vieler Verkehrsmaßnahmen, etwa des Ring-Rund-Radweges, geführt hätten.

StR. HATZL (SPÖ) betonte, daß das Investitionsvolumen für den U-Bahn-Bau nicht geringer werde. Über die Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten werden derzeit Verhandlungen mit dem Bund geführt. Er sei zuversichtlich, so Hatzl, daß bald die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und die finanziellen Zuschüsse gesichert werden. Zur Verwirklichung der U 3 und der U 6 sowie ihrer Verknüpfung seien auch straßenverkehrstechnische Lösungen gerade im Bereich des Gürtels notwendig. Hatzl wies darauf hin, daß auch die Errichtung neuer U-Bahn-Stationen, selbst wenn es sich um Provisorien handelt, hunderte Millionen Schilling koste, wobei Trassenverlegungen etwa im Bereich der U 4 gar nicht ausgeschlossen sind. Jedenfalls werde auch hier über Zuschüsse mit dem Bund verhandelt. Für den nachträglichen Einbau von Aufzügen in den U-Bahn-Stationen seien 400 bis 500 Millionen Schilling notwendig, wobei sich sehr häufig das Problem des Denkmalschutzes in alten Stationsgebäuden ergebe.

Zum Thema Park-and-ride sagte Hatzl, daß derartige Einrichtungen im Bereich der U 2 unrealistisch seien. Im Bereich der U 4 seien bei der Station Heiligenstadt wie bei der Station Hütteldorf weder der Platz vorhanden noch günstige Lösungen hinsichtlich der Stadtgestaltung möglich. Hatzl sprach sich gegen die Gratisfahrt für Fahrräder in der U-Bahn, insbesondere zu Verkehrsspitzenzeiten, aus.

Die nunmehr erweiterte Geschäftsgruppe biete, so Hatzl, Chancen für mehr Koordination in der Verkehrspolitik, wobei auch dem Rad entsprechender Platz zugeordnet werden soll. Lösungen seien gemeinsam mit den Bezirken anzustreben. Hatzl bekannte sich abschließend zu einem Höchstmaß an Information für die Bürger und Verkehrsteilnehmer und lud zu einer breiten Zusammenarbeit ein.

Budgetdebatte - Personal

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, er hoffe auf dem Personalsektor auf eine Beseitigung der Parteibuchwirtschaft. In dem entsprechenden Vorstoß von Bürgermeister Dr. ZILK in der Schulverwaltung sehe er einen ersten Schritt zur Objektivierung der Postenvergabe im öffentlichen Dienst. Kabas fragte, ob eventuelle Kosten einer Arbeitszeitverkürzung bereits erhoben worden seien und ob eine eventuelle Anpassung der Beamten an das ASVG (und damit auch die Auszahlung von Abfertigungen) zu Einsparungen oder Mehrausgaben führen würde. Schließlich sprach sich

Forts. von Blatt 2677

Forts. auf Blatt 2679

Kabas dafür aus, die Schwelle bei den Einrichtungen der direkten Demokratie niedriger zu legen und das Wiener Wahlrecht in Richtung eines gerechten Proportionalwahlrechtes zu ändern.

StR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) stellte fest, daß der Personalaufwand für 1988 um fünf Prozent höher angesetzt wurde als heuer, obwohl ein „mäßiger Gehaltsabschluß“ erzielt wurde. Das sei teilweise auf eine Dienstpostenvermehrung um 300, aber auch auf Reserven für Beförderungen, für Zulagen und Überstunden zurückzuführen. Die Dienstpostenvermehrungen gibt es vor allem in den Krankenhäusern, Kindergärten und bei der Müllbeseitigung, aber auch in der Magistratsdirektion. Der Pressedienst beschäftige fast doppelt so viel Personal wie die für Umweltschutz zuständige Abteilung, kritisierte Engelmayer.

Er halte es nicht für zweckmäßig, sagte Engelmayer weiter, daß der für die Parteiangestellten zuständige Landespartei sekretär der Wiener SPÖ auch gleichzeitig Personalstadtrat der Stadt Wien sei. Einen sachlichen Grund für die Zusammenfassung der Aufgabenbereiche Planung und Personal in einem Ressort könne er nicht erkennen.

Eingehend befaßte sich Engelmayer dann mit der Forderung nach einer Objektivierung der Dienstpostenvergaben bei der Stadt Wien. Ein Objektivierungsgesetz solle die Möglichkeit schaffen, daß alle freiwerdenden oder freien Dienstposten im Amtsblatt der Stadt Wien bekannt gemacht werden. Es soll einheitliche Kriterien für die Beurteilung von Bewerbungen bei der Stadt Wien geben, wobei auch die sozialen Verhältnisse maßgeblich sein sollen. Schließlich sollte auch ein Personalbeirat aus Dienstgeber und Dienstnehmer ins Leben gerufen werden.

Zur Objektivierung sagte GR. Gertrude OSTRY (SPÖ), daß eine Beispielswirkung aus den Bundesländern derzeit nicht zu registrieren sei. Den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft in Wien wies Ostry zurück. Der Personalaufwand der Stadt Wien sei mit 21,2 Prozent des Gesamtbudgets seit 1981 unverändert. Dies zeige die sparsame Personalpolitik. Der Dienstpostenplan sei um 295 Bedienstete auf insgesamt 58.261 erhöht worden. Ostry forderte eine Verbesserung des Berufsimages der Beamten und Überlegungen, die von der Bundesregierung festgelegten Sparmaßnahmen ohne Einbußen im Dienstleistungsbereich durchzuführen. Der Lohnabschluß der Beamten sei maßvoll und sozial ausgewogen und stelle einen Solidaritätsbeitrag zur Budgetkonsolidierung dar. Ausnahmen bei den Ruhensbestimmungen lehnte Ostry ab.

StR. SALLABERGER (SPÖ) stellte zu den Vergaberichtlinien von Spitzenpositionen im Bereich der Stadt Wien fest, daß einzig und allein die bestmögliche Qualifikation entscheidend sei. Er bekenne sich dazu, daß dies der richtige Weg sei.

Bei insgesamt rund 6.000 Neuaufnahmen pro Jahr wäre eine Ausschreibung jedes einzelnen Dienstpostens im Amtsblatt der Stadt Wien unvertretbar aufwendig und wenig sinnvoll.

Sallaberger sprach den Mitarbeitern der Stadt Wien für die maßvolle Lohnrunde seinen Dank aus. Er erinnerte an die Bemühungen der Stadt Wien im Bereich der Lehrlingsausbildung. Er prognostizierte, daß in den Bereichen Spitalswesen, Umwelt und Dezentralisierung künftig mehr Leute als bisher benötigt werden könnten. Sallaberger stellte klar, daß er nur noch wenige Wochen auch die Funktion eines Landespartei sekretärs ausüben werde.

Zur Frage einer Wahlrechtsreform sagte Sallaberger, man müsse zunächst das Ergebnis der auf Bundesebene in Fluß gebrachten Diskussion abwarten, und es wäre sinnvoll, erst danach über Veränderungen im Land zu diskutieren. Auch er sei im übrigen dafür, die rosa und blauen Kuverts für Frauen und Männer abzuschaffen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde danach unterbrochen und wird Freitag um 9 Uhr fortgesetzt. (Schluß) red